

XXIV. GP.-NR**699/J****21. Jan. 2009**

ANFRAGE

der Abgeordneten Grosz, Bucher
 Kolleginnen und Kollegen
 an die Bundesministerin für Frauen und öffentlichen Dienst
 betreffend das „Körpergeld“ bei der Entsendung von Aufsichtsräten, Beiräten,
 Staatskommissaren durch die Bundesregierung

Die Beantwortungen der Anfragenserie (78J – 90J) haben den Postenschacher durch die SPÖ/ÖVP-Bundesregierung offenbart. Obwohl sich Österreich zu einem Abbau der Verwaltungskosten bekennt, die Richtlinien der Verwaltungsreform nach wie vor in Kraft sind, und der Bundesrechnungshof keine Gelegenheit auslässt, um die Bundesregierung und deren aufgeblähte Organe zu kritisieren, wurden von der SPÖ/ÖVP-Bundesregierung im Jahr 2008 eine Sektion, zwei Gruppen, 12 Abteilungen, 25 Referate und eine Stabsstelle neu geschaffen. Neu bestellt wurden 11 Sektionen, 12 Gruppen, 64 Abteilungen, 15 Referate und 17 Stabstellen.

Es liegt der Verdacht nahe, dass die rot/schwarzen Parteigänger durch die Entsendung in Aufsichtsräte, Beiräte, etc. und eine damit verbundene finanzielle Vergütung mit einem „Körpergeld“ bedacht wurden. Ein beispielhafter Fall ist sicherlich die Entsendung eines Aufsichtsrates in die Wiener Zeitung. Mit Christian Pöttler wurde der Bruder des ehemaligen SP-Kanzlersprechers Stefan Pöttler in den Aufsichtsrat der Wiener Zeitung entsandt. „Alfred Gusenbauer entsendet zwei neue Gesichter in den Aufsichtsrat der Wiener Zeitung, Christian Pöttler und Rudolf Bohmann. Beide gelten als SPÖ-nahe.“ (Falter 26/07, S.21)

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen in diesem Zusammenhang an die Bundesministerin für Frauen und öffentlichen Dienst folgende

ANFRAGE:

1. In welchen Aufsichtsräten, Aufsichtsgremien, Kontrollgremien, Beiräten, Kommissionen, Arbeitsgruppen, Fachgremien und ähnlichen Einrichtungen ist Ihr Ressort mit welchen Personen zum Stichtag 20. Jänner 2009 vertreten?
2. In welche Institutionen entsendet Ihr Ressort Staatskommissäre, Aufsichtskommissäre und welche Personen sind mit Stichtag 20. Jänner 2009 mit der Ausübung dieser Tätigkeit beauftragt?
3. In welche Gremien der Europäischen Union entsendet Ihr Ressort Vertreterinnen und Vertreter und um welche Vertreter handelt es sich dabei mit Stichtag 20. Jänner 2009?
4. Wann bzw. für welchen Zeitraum wurden diese unter Frage 1 – 3 genannten Personen jeweils beauftragt?
5. Erhalten die unter Frage 1 – 3 genannten Personen für Ihre Tätigkeit finanzielle Einkünfte, Entschädigungen, Gehälter, Spesen, Diäten, Funktionsgebühren etc.? a) Wenn ja, in welcher Höhe? b) Wenn ja, von wem erhalten die genannten Personen diese Zuwendungen?
6. Welche Personen wurden von Ihrem Ressort im Jahr 2008 in welche Aufsichtsräte, Aufsichtsgremien, Kontrollgremien, Beiräten, Kommissionen, Arbeitsgruppen, Fachgremien, Gremien der Europäischen Union etc. entsandt?

7. Welche Abberufungen bzw. Neubestellungen wurden bei jenen unter der Frage 6 genannten Personen durchgeführt?
8. Welche Beiräte, Kommissionen, Arbeitsgruppen, Fachgremien etc. sind innerhalb Ihres Ressorts eingerichtet?
9. Gibt es Mitarbeiter Ihres Ressorts, die gleichzeitig in Beiräte, Kommissionen, Fachgremien, etc. entsandt wurden? a) Wenn ja, für welche Mitarbeiter gilt dies zum Stichtag 20. Jänner 2009? b) Welche finanziellen Entschädigungen, Gebühren, Zuwendungen etc. erhalten diese Mitarbeiterinnen für diese Aufgaben?
10. Welche Neubestellungen planen Sie für die unter Frage 1 – 3 genannten Funktionen im Jahr 2009?

